

10.58

Abgeordneter Walter Rauch (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Bundesminister! Herr Staatssekretär! Hohes Haus! Sehr geehrte Zuschauer zu Hause! Frau Bundesminister, Sie haben es vorhin erwähnt, wir haben eigentlich eine gute Gesprächskultur und -basis im Umweltausschuss. Das ist richtig, das ist auch gut so. Das ist Parlamentarismus, das ist Austausch, das ist auch Kommunikation, eben wie man miteinander umgehen sollte und das auch leben sollte.

Nichtsdestotrotz legen Sie heute Zahlen vor, die im Endeffekt, wie es gestern und heute schon erwähnt wurde, eigentlich dieses Papier nicht würdig sind beziehungsweise das Papier eigentlich nicht wert sind – schauen wir uns nur die Zahlen der nächsten sechs Monate an! Warum? – Es sind weder diese Krise, die Sie am Anfang Ihrer Rede erwähnt haben, miteingeplant noch alle Zukunftsprojekte, die es braucht, um im Umweltbereich, aber natürlich auch im Verkehrsbereich entsprechende Akzente und Maßnahmen zu setzen. *(Präsidentin **Bures** übernimmt den Vorsitz.)*

Kollege Eßl hat es vorhin angesprochen, es gibt viele Lokalbahnen, die da nicht abgebildet sind. Es gibt viele Maßnahmen für erneuerbare Energien, die nicht abgebildet sind. Alles ist also im Endeffekt ein mit Zahlen geschmücktes Papier, nichtsdestotrotz aber ist es dieses Papier, auf dem die Zahlen draufstehen, nicht wert. *(Beifall und Zwischenruf bei der FPÖ.)*

Ein bisschen kommt mir die grüne Politik so vor, als würden Sie im Auto sitzen, mit Vollgas auf der Tube stehen und darauf vergessen, dass noch ein Koalitionspartner dabeisitzt und die Zündung noch nicht gestartet ist. Sie brauchen also ein bisschen mehr Engagement und auch einmal ein Durchstarten der Zündung, um in diesem Bereich auch aktiv zu werden. Warum? – Das ist ganz einfach, ich gehe dazu auf die Aussagen des Kollegen Schmuckenschlager ein: Er hat vorhin in seiner Rede erwähnt, dass man sich aufgrund der Umfragen noch nicht sicher ist, in welche Richtung es geht. *(Abg. **Schmuckenschlager**: Nein, ich habe was anderes gesagt!)*

Ich weiß schon, die ÖVP macht Symbolpolitik nach Umfragen, aber nicht nach Ideologie oder nach Gesinnung – das ist der Unterschied zu den Grünen: Bei euch weiß man, wohin es geht. Da *(in Richtung ÖVPweisend)* weiß man nie, wohin es geht. Das hängt davon ab, wo die Kurve der Umfrage gerade steht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das Konjunkturpaket, das Sie erwähnt haben, ist natürlich wichtig und auch in dementsprechendem Maß voranzutreiben. Was man meines Erachtens und nach Ansicht unserer Fraktion nicht darf, ist, die Menschen neu belasten. Auf der einen Seite etwas

wegnehmen und auf der anderen Seite wieder etwas dazugeben, aber auch neue Steuern, CO₂-Abgaben oder eine CO₂-Steuer einführen, die Pendler belasten, all das sind Maßnahmen, die wir jetzt unter dieser Regierung, in der Zeit dieser Krise nicht brauchen können, weil die Menschen schon genug belastet sind.

Wir reden aktuell von über 600 000 Arbeitslosen, von 1,3 Millionen Menschen, die in Kurzarbeit sind. All das sind Dinge, angesichts derer wir die Menschen eher unterstützen müssen, ihnen eher unter die Arme greifen müssen und sie nicht neu belasten dürfen. Dass Sie natürlich jetzt versuchen, Green Jobs zu forcieren, verstehe ich, das ist auch ein guter Ansatz; was genau diese Green Jobs dann sein sollen oder müssen, das muss allerdings definiert werden, auch für die Zukunft, denn das liegt in keinem Papier vor. Es handelt sich dabei um ein Schlagwort, um eine Überschrift, aber was diese Jobs genau sein sollen oder welche Jobs das sein sollen, das steht noch nirgends geschrieben.

Einen Punkt betreffend die Abfallwirtschaft möchte ich noch erwähnen, der auch ein wichtiger Faktor ist: Lebensmittelverschwendung. Wien schmeißt so viel weg, wie Graz pro Tag an Lebensmitteln konsumiert, also an Brot zum Beispiel. All das sind Dinge, an denen deutlich wird, dass die Wertigkeit der Lebensmittel und natürlich auch die Ressourcenschonung mehr hervorgerückt werden müssen.

Ressourcenschonung ist ein wichtiger Punkt, und auch da hätte ich mir mehr Engagement und Initiative von Ihnen, aber auch von Ihrer Fraktion erwartet, aber da kommen wir wieder zu dem Punkt, dass natürlich der Koalitionspartner hinten am Rücksitz sitzt und die Zündkabel im Fahrzeug, im Auto noch nicht zusammengesteckt hat, sodass Sie da nicht zum Starten und auch nicht zum Durchstarten kommen. Deshalb bringe ich betreffend diesen Bereich als Unterstützung, als Anregung auch für Sie folgenden Antrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Walter Rauch, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Einführung eines Pfandsystems für Einweggetränkeverpackungen“

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, wird aufgefordert, eine Regierungsvorlage vorzulegen, mit der in Österreich ein aufkommensneutrales Pfandsystem für Einweggetränkeverpackungen eingeführt wird.“

Dies sei eine kleine Anregung in diesem Bereich, diesen Punkt auch umzusetzen. Ich glaube, da sprechen wir fast die gleiche Sprache – der Klotz am Bein sitzt auf dieser (in Richtung ÖVP weisend) Seite. (Beifall bei der FPÖ.)

11.03

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Walter Rauch

und weiterer Abgeordneter

betreffend Einführung eines Pfandsystems für Einweggetränkeverpackungen

eingebraucht in der 32. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 27. Mai 2020 im Zuge der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (55 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2020 (Bundesfinanzgesetz 2020 – BFG 2020) samt Anlagen (183 d.B.) (TOP 7) (UG 43)

Die Evaluierung bestehender Maßnahmen im Sinne des Klimaschutzgesetzes ist eine ständige Notwendigkeit, jedoch darf das Wohl der Österreicherinnen und Österreicher keinesfalls der Erreichung von unhinterfragten Klimaschutzzielen untergeordnet werden. Es gilt praktische Lösungen zu forcieren, die zu einer Verbesserung der Lebensqualität führen und die heimische Umwelt im Sinne der Nachhaltigkeit schützen.

Seit 2003 gilt in Deutschland für bestimmte Einweggetränkeverpackungen eine weitreichende Pfandpflicht. Vertreiber von pfandpflichtigen Einweggetränkeverpackungen haben umfangreiche Rücknahmepflichten, das bedeutet, dass abgesehen von wenigen Ausnahmen grundsätzlich jeder Vertreiber alle pfandpflichtigen Einweggetränkeverpackungen der Materialart (Glas, Kunststoffe, Metalle, PPK) zurücknehmen muss, die er im Sortiment führt. Nicht von der Pfandpflicht erfasst sind lediglich Verpackungen, die ein Füllvolumen von unter 0,1 l bzw. über 3,0 l aufweisen, ökologisch vorteilhafte Verpackungen wie Getränkekartonverpackungen (Blockpackungen, Giebelpackungen, Zylinderpackungen), Getränke-Polyethylen-Schlauchbeutel-Verpackungen, Folien-Standbeutel sowie Mehrweg-Verpackungen¹.

Ein entsprechend nachhaltiges System muss auch in Österreich angestrebt werden. Selbst wenn PET-Flaschen derzeit in der gelben Tonne entsorgt werden, bedeutet das

nicht, dass aus ihr wieder eine Flasche oder ein anderes Produkt wird – weil die Sortieranlagen nicht alle Flaschen ausfiltern können und nicht alle aussortierten Flaschen verwertbar sind. Insgesamt werden gegenwärtig nur 58 von 100 PET-Flaschen wiederverwertet – und nur 24 Prozent davon werden wieder zu PET-Flaschen.²

Nicht zuletzt deshalb wünschen sich in Österreich laut einer Online-Umfrage des Linzer Market-Instituts drei Viertel der Österreicher die Wiedereinführung eines Pfands auf Plastikflaschen. Eine Umfrage von krone.at im Sommer 2019 bei den Umweltsprechern der zu diesem Zeitpunkt im Parlament vertretenen Fraktionen sowie bei den Grünen hat ergeben, dass abgesehen von der ÖVP sich alle Parteien für ein Pfandsystem für PET-Flaschen aussprechen.³

Ein Pfandsystem nach deutschem Vorbild ist aus ökologischen Gründen jedenfalls zu begrüßen. Ein - für die Kunden aufkommensneutrales - Pfandsystem würde die Sammelquote erhöhen und damit zur Ressourcenschonung beitragen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachfolgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, wird aufgefordert, eine Regierungsvorlage vorzulegen, mit der in Österreich ein aufkommensneutrales Pfandsystem für Einweggetränkeverpackungen eingeführt wird."

1. <https://dpg-pfandsystem.de/index.php/de/die-pfandpflicht-fuer-einweggetraenkeverpackungen/betroffene-getraenke-und-verpackungen.html>
2. <https://www.addendum.org/plastik/plastikmuell-recycling/>
3. <https://www.krone.at/1978816>

Präsidentin Doris Bures: Der Entschließungsantrag ist ordnungsgemäß eingebracht und steht mit in Verhandlung.

Frau Abgeordnete Elisabeth Götze, Sie gelangen als Nächste zu Wort. Bitte.